Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands

Der **Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)** ist der Spitzenverband der von der öffentlichen Hand getragenen Banken in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 62 Mitgliedern, die sich hauptsächlich aus Landesbanken und bundes- oder landeseigenen Förderbanken zusammensetzen.

Lobbyisten in Ministerien

- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)	
Rechtsform	e.V. (VR 19841, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	
Hauptsitz	
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5 1040 Brüssel
Webadresse	www.voeb.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 1
2 Organisationsstruktur 1
2.1 Die Präsidenten seit 1987 2
2.2 Mitgliedschaft 2
3 Verbindungen und Kooperationen 2
3.1 VÖB-Büro Brüssel 2
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien 2
5 Fallbeispiele und Kritik 2
5.1 Lobbyisten in Ministerien 2
6 Weiterführende Informationen 3
6.1 Kontaktdaten 3
7 Quellen 3
8 Einzelnachweise 3

Kurzdarstellung und Geschichte

Organisationsstruktur

Der **Vorstand** des VÖB besteht aus dem Präsidenten und elf weiteren Mitgliedern. Der Präsident und die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt drei Jahre. Der jeweilige Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gehört dem Vorstand von Amts wegen an.

Die Präsidenten seit 1987

- seit 2009 Christian Brand[1]
- 2007–2009 Siegfried Jaschinski
- 2004–2007 Thomas R. Fischer
- 2001–2004 Hans Dietmar Sauer
- 1987–2001 Friedel Neuber

Mitgliedschaft

Neben ordentlichen Mitgliedern, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder eines kreditwirtschaftlichen Verbandes privatrechtlicher Kreditinstitute sein sollen, hat der VÖB auch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder. Dazu zählen verschiedene Landesbausparkassen, die Börse Stuttgart, die Postbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau[2].

Verbindungen und Kooperationen

Der VÖB arbeitet mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, dem Bundesverband deutscher Banken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und dem Verband deutscher Pfandbriefbanken im Zentralen Kreditausschuss (ZKA) zusammen.

VÖB-Büro Brüssel

Das Büro in Brüssel wurde 1987 gegründet und vertritt die Interessen des VÖB gegenüber europäischen Institutionen. Als Mitglied kooperiert der VÖB dabei eng mit dem Europäischen Verband Öffentlicher Banken (EAPB): "Über den Europäischen Verband Öffentlicher Banken, EAPB, wird der Zugang zu den Europäischen Institutionen weiter verbessert."[3] Direktor des Brüsseler VÖB-Büros ist Christoph Wengler, der gleichzeitig als Syndicus für den EAPB agiert und in Arbeitsgruppen des EBIC mitwirkt.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VÖB war an der Erstellung einiger Gesetze und Verordnungen des Finanzministeriums beteiligt, sowie durch einen mitarbeiter im Verkehrsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.04.2005 - 31.03.2007[4]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der HSH Nordbank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses[5] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
	Einsatz im Referat VII B 3[4]; Mitarbeit an folgenden Rechtsetzungsakten:

Bearbeitete Themen	-Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzlinie vom 17.11.2006; -Verordnung über die angemessene Eigenmittelauslegung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvolabilitätsverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Erfassung, Bemessung, Gewichtung und Anzeige von Krediten im Bereich der Großkredit- und Millionenkreditvorschriften des Kreditwesengesetzes (Groß- und Millionenkreditverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung) vom 14.12.2006

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006[5][6]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Mitarbeit in der Taskforce "Public Private Partnership", fachspezifische Fragen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit

Weiterführende Informationen

Laut den freiwilligen Angaben im Lobbyregister der EU, hat der VÖB im Geschäftsjahr 2007 zwischen 700.000 € und 750.000 € in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen investiert.[7]

Kontaktdaten

Lennéstraße 11
10785 Berlin
Telefon: 030-81 92-0
Telefax: 030-81 92-222
Website: www.voeb.de

Quellen

- VÖB
- European Association of Public Banks
- Zentraler Kreditausschuss

Einzelnachweise

1. ↑ Kopf des Tages: Christian Brand - Der Chefverhinderer, ftd.de, 28 Juni 2009, abgerufen am 25. Juni 2010
2. ↑ [1], voeb.de, abgerufen am 20.07.2010
3. ↑ [2] voeb.de, abgerufen am 25. Juni 2010

4. ↑ [4,04,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
5. ↑ [5,05,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
6. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
7. ↑ EU-Lobbyregister, Stand: 24.08.2010